

Schwarzwälder Bote

UNABHÄNGIGE HEIMATZEITUNG

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Ausgabe R 1

E 5238 A

Einzelpreis 1,10 DM

155. Jahrgang / Nummer 260

Freitag, 10. November 1989

Telefon 07423/78-0

Die Bundesrepublik wirkt auf viele Aussiedler und Flüchtlinge wie ein Magnet (Seite 3)

Die DDR öffnet die Grenze zur Bundesrepublik

Ab sofort Ausreise an allen Übergängen möglich / Sonderparteitag der SED für Mitte Dezember einberufen

ap/rtr/dpa. BERLIN. Knapp 30 Jahre nach dem Mauerbau hat die DDR gestern Abend völlig überraschend ihre Grenzen geöffnet. DDR-Bürger können ab sofort über alle Grenzübergänge das Land in Richtung Bundesrepublik und Westberlin verlassen. Diesen Beschluß des Ministerrats verkündete Politbüromitglied Günter Schabowski.

Einen Abriß der Mauer bedeute diese Übergangsregelung bis zu einem neuen Reisegesetz allerdings nicht, betonte der SED-Politiker. In Bonn wurde der Beschluß begrüßt, wobei von einem historischen Ereignis die Rede war. Der Bundesrat reagierte mit Jubel auf die Nachricht. Die Abgeordneten sangen spontan die Nationalhymne.

Ungeachtet der Öffnung der Westgrenzen demonstrierten gestern Abend in Erfurt und Gera erneut mehr als 100000 Menschen für uneingeschränkten Reiseverkehr und freie Wahlen. In Erfurt versammelten sich 80000 Menschen.

Das seit Mittwoch tagende SED-Zentralkomitee berief erstmals seit 1956 wieder einen Sonderparteitag, eine Parteikonferenz ein. Die Tagung soll Mitte Dezember stattfinden.

Für die Ausreise brauchen die Bürger zwar nach wie vor ein Visum, das ihnen die Behörden aber unverzüglich ausstellen müssen. Mit der Ausgabe der Visa wird ab heute gerechnet.

Die Öffnung der Grenzen trete ab sofort in Kraft, sagte Schabowski. Der Ministerrat habe beschlossen, Privatreisen unter anderem in den Westen könnten »ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reisepässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden«. Versagungsgründe für Reisen gebe es nur »in besonderen Ausnahmefällen«. Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der Volkspolizei-Kreisämter seien angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen.

Die Öffnung der Grenzen erstreckt sich auch auf die Berliner Übergänge: Ständige Ausreisen könnten über sämtliche Grenzübergänge der DDR erfolgen, auch über Berlin (West), hieß es in dem Ministerratsbeschuß. »Damit entfällt die vorübergehende Erteilung von Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten«, erklärte der Ministerrat. Die Ausreisewelle über die CSSR und Ungarn dürfe nun zurückgehen, da die Bürger direkt in die Bundesrepublik ausreisen können.

Die DDR-Nachrichtagentur ADN teilte mit, daß bereits am morgigen Samstag alle

Dienststellen für das Paß- und Meldewesen in Ostberlin zusätzlich von neun bis 16 Uhr geöffnet seien. Durch die neue Regelung müssen die DDR-Bürger auch keine umständliche Formalitäten mehr über sich ergehen lassen wie etwa das Abarbeiten des sogenannten Laufzettels, mit dem sie bislang beweisen mußten, daß sie keine Schulden haben und nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Im Laufe des zweiten Tages der Krisensitzung des Zentralkomitees in Ostberlin war zuvor die weiter schwelende Führungskrise der SED deutlich geworden: Der SED-Bezirkschef von Halle, Hans-Joachim Böhme, erst am Vortag, allerdings mit 66 Gegenstimmen, in das elfköpfige Politbüro gewählt, wurde von seiner Basis in Halle abgesetzt. Der SED-Bezirkschef von Cottbus, Politbürokandidat Werner Walde, trat von seinem Amt zurück. In

Neubrandenburg appellierten die Genossen an das Politbüro, den erst am Vortag gewählten Johannes Chemnitzer von seinem Amt als Politbürokandidat zu entbinden. Schabowski kündigte an, über den weiteren Verbleib dieser Genossen im Politbüro werde heute entschieden.

Bereits am Vorabend hatte Staats- und Parteivorsitzender Egon Krenz »ein neues Wahlgesetz« angekündigt, »das eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantiert«.

Der SPD-Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel appellierte am Abend im DDR-Fernsehen mit Blick auf die innenpolitische Entwicklung in der DDR an die Ausreisewilligen, ihre Entscheidung zu überdenken. Er sagte in der Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera«, er respektiere jede Entscheidung. Aber eine DDR, die ausblute und deren Versorgungssystem zusammenbreche, sei einer Reform »viel schwieriger zugänglich«.



POLITBÜROMITGLIED SCHAROWSKI gab gestern Abend in Ostberlin, offensichtlich selbst von der Nachricht überrascht, bekannt, daß die DDR die Grenzen nach Westen öffne. Foto: dpa

Kohl: Polen-Reise ein Zeichen der Solidarität

Kanzler bekräftigt Bonner Position zur Grenzfrage / Besuch in Auschwitz kurzfristig verschoben

dpa. WARSCHAU. Bundeskanzler Helmut Kohl sieht seine Reise nach Polen auch als Zeichen der Solidarität mit den demokratischen Änderungen dort. Das sagte der Kanzler gestern Abend bei einem offiziellen Essen zum Auftakt seines sechstägigen Besuchs.

Kurz nach der Ankunft in Warschau nahm Kohl Gespräche mit dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki auf. Anschließend traf er mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarität Lech Walesa zusammen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterzeichnete in dieser Zeit im Außenministerium in Warschau Protokolle über regelmäßige Konsultationen.

Wie der Sprecher des Auswärtigen Amtes Jürgen Chrobog versicherte, hat der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski sich gegenüber Genscher sehr zufrieden über die Entscheidung des Bundestages vom Vortag geäußert. Darin war versichert worden, daß das Recht des polnischen Volkes, »in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch

in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird«.

Am Abend wiesen beide Regierungschefs auf die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung hin. In Tischreden während eines Banketts verwiesen Kohl und Mazowiecki auf die Reformbewegungen in Ost- und Mitteleuropa und bekräftigten den Willen, einen Durchbruch zu erzielen.

Polens

KOMMENTARE • MEINUNG

Das richtige Rezept

Von Gert Tigges, Bonn

Daß viele Köche grundsätzlich den Brei verderben, stimmt zumindest nicht, wenn als Ergebnis zweijähriger Rezeptur- und Koch-Bemühungen diese Rentenreform serviert wird. Das Menü kann sich sehen lassen. Beteiligte und Betroffene können es sich zu Gemüte führen, ohne daß sie Gefahr laufen, daß ihnen dabei übel wird. Dabei haben die vereinigten Köche von CDU, CSU, SPD und FDP eher aus der Not eine Tugend zu machen versucht. Wären sie nur dem jeweils eigenen Trieb gefolgt, wäre kaum jene Stabilisierung der gesetzlichen Alterssicherungssysteme dabei herausgekommen, auf die sich nun beitragszahlende Arbeitnehmer und Arbeitgeber, derzeitige und zukünftige Pensionäre sowie die Haushaltspolitiker des Bundes einrichten können.

Die Reformpräferenzen der einzelnen »Köche«, an denen während des zweijährigen Ringens um das richtige Rezept das Gericht einige Male fast gescheitert wäre, blieben unübersehbar. Dennoch ist eine hinreichende Übereinstimmung zustande gekommen, die ohnehin unvermeidbaren Folgekosten aus der demografischen Entwicklung der Bundesrepublik weitestgehend gleichmäßig zu verteilen.

Versicherte und ihre Arbeitgeber profitieren zunächst von konjunkturentlasteter Beitragsstabilität, an die sich mäßig zunehmende Beitragslasten anschließen. Die Rentner sind durch Parallelität der Rentenzuwächse mit der Nettolohnentwicklung und dadurch geringere Zuwächse an den Stabilisierungskosten beteiligt, für die der Staat als Gewährsträger der gesetzlichen Rentenversicherung in eine nicht unerheblich höhere Zahlpflicht genommen wurde.

Deng Xiaopings Abschied in Raten

(eb) Er hat also doch noch wahr gemacht, woran so recht niemand mehr glauben wollte: Deng Xiaoping trat von seinem letzten hohen Amt in der Kommunistischen Partei Chinas zurück. Sein formeller Abschied als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist ein kalkulierter Schritt. Mit seinem Nachfolger auf diesem wichtigen Posten, dem KP-Chef Jiang Zemin, hat der 85jährige Deng noch zu seinen Lebzeiten eine Regelung in seinem Sinne mitbestimmt.

Mit seinem Rückzug vom Chefposten der Militärkommission, der ihn zum faktischen Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte machte, verliert Deng Xiaoping indes nur ein Amt. In China bestimmen nicht Institutionen, sondern Personen und Loyalitäten die Politik. Deng Xiaoping wird weiter die höchste politische Autorität und die letzte Instanz bei wichtigen Entscheidungen in Peking sein, auch künftig hinter den Kulissen die Fäden ziehen. Der von ihm nach dem Militäreinsatz gegen die demonstrierenden Studenten im Juni dieses Jahres als neuer KP-Chef eingesetzte Jiang Zemin hatte bisher we-

Dabei ist es eine Randerscheinung im eigentlichen Sinn des Wortes, daß sich die oppositionellen Grünen nicht an der Rezeptur, schon gar nicht an der Zubereitung des Menüs beteiligten. In Zeiten volkswirtschaftlicher Sachzwänge lassen sich soziale Utopien nun einmal nicht durchsetzen. Aber in unmittelbarer Nähe dazu findet sich, was – auf Sicht – die Rezeptur zur Rentenreform im Wortsinn fragwürdig machen könnte. Versicherungsmathematiker bekommen vor dem Hintergrund des nun gebilligten Finanzierungskonzeptes zur Stabilisierung der Alterssicherungssysteme Magenbeschwerden, wenn Unionspolitiker vor allem die bisherigen familienpolitischen Leistungen, die den Rentenversicherungsträgern aufgebürdet wurden, noch lange nicht als endgültige Erfüllung ihrer Bemühungen ansehen.

Schon jetzt gibt es Modell-Rechnungen, die durchaus Zweifel an der Finanzierbarkeit der bisher beschlossenen familienpolitischen Leistungen aufkommen lassen. Diese Zweifel stellen nicht in Frage, daß die gestern verabschiedete Rentenreform das richtige Rezept für die Stabilisierung der Alterssicherungssysteme bei sinkender Zahl von Beitragszahlern und steigender Zahl von Rentempfängern ist. Aber sie sollten als Alarmsignale funktionieren, die davor warnen, dem gerade stabilisierten System weitere Leistungen zuzumuten – unter trügerischen Eindruck einer überschäumenden Konjunktur und des numerischen Zuwachses junger Beitragszahler. Diese Faktoren rechnen sich nur, wenn für alle immer so viel Arbeit zu solchen Löhnen verfügbar ist, daß sich daraus steigende Belastungen der Rentenversicherungsträger durch neue familienpolitische Leistungen auch finanzieren lassen.

der in der Pekinger Parteizentrale noch im Militär eine eigene Hausmacht. Offensichtlich wollte Deng mit seinem Schachzug die Position Jiangs stärken.

Deng Xiaoping gilt ungeachtet seiner unachgiebigen harten Hand gegenüber regimiekritischen Kräften und seinem militärischen Gewaltschlag gegen die Protestbewegung weiter als Garant der wirtschaftlichen Öffnungspolitik. So hat er immer wieder erklärt, daß China ohne Reformen keine Zukunft habe und auch die Tür zum Ausland nicht zuschlagen dürfe. Diese Leitlinie verteidigte Deng gegen konservative Kräfte in der Führung. Doch gleichzeitig hielt der überzeugte Leninist an der »Diktatur des Proletariats« fest. Die Kommunistische Partei durfte in ihrer Monopolherrschaft nicht herausgefordert werden.

Nun machte Deng Xiaoping seine unzähligen Rücktrittsankündigungen überraschend wahr. Sein Bemühen um den Aufbau eines Nachfolgers zeigt seine eigene Sorge vor der ungewissen Zukunft in Chinas Führungsspitze und die Furcht, seine konservativen Gegner könnten nach seinem Tod sein Vermächtnis von Reform und Öffnung wieder umkehren.

MEINUNG DER ANDEREN

Keine Lösung

Die *Neue Osnabrücker Zeitung* kommentiert die Neubesetzung des SED-Politbüros:

Die Reaktion auf die Umbesetzung erhellt klipp und klar, daß die beiden Kernprobleme durch diesen Schritt noch nicht gelöst werden: Der Flüchtlingsstrom fließt unvermindert weiter, der Ruf nach Neuwahlen verstummt nicht, sondern wird noch stärker. Das Politbüromitglied Schabowski, jetzt einer der stärksten Wortführer der Erneuerer, hat dies erkannt. Aber seine verklausulierte Andeutung über mögliche freie Wahlen wird die Bürger nicht zufriedenstellen. Der Hinweis, das neue Wahlgesetz solle für die SED nicht selbstmörderisch sein, läßt Einschränkungen erwarten. Jetzt können nur noch völlig eindeutige Signale helfen. Krenz hätte den Mut haben sollen, wenigstens die verschiedenen politischen Gruppen nach polnischem Vorbild zu Gesprächen am runden Tisch einzuladen. In

Warschau hat diese Methode funktioniert. Nur die Bereitschaft, die Macht zu teilen, wird die SED davor bewahren,

Die Bundesrepublik wirkt wie ein Magnet

»Wanderungsgewinn« beweist den Erfolg eines Gemeinwesens / Aber kein Einwanderungsland

Von unserem Korrespondenten Harald Schultz

FRANKFURT. Die Trabis mit den DDR-Bürgern stauen sich an der tschechoslowakischen Grenze. Immer mehr Aussiedler schnüren ihr Bündel. Obendrein kommen viele Ausländer, die zwischen Flensburg und Berchtesgaden ihr Auskommen suchen. Die Bundesrepublik ist ein Magnet für Menschen aus aller Herren Länder. Der »Wanderungsgewinn« betrug 1988 rund eine halbe Million Menschen, so viel wie seit 1971 nicht mehr. Und 1989 wird er noch größer sein. »Für mich ist es ein außerordentliches Glück, daß so viele Menschen zu uns kommen«, sagt der frühere Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose.

Klose verweist auf den »Pillenknick« und erklärt, kämen die Zuwanderer nicht, »wären wir spätestens in 15 Jahren in ernsthaften ökonomischen und Versorgungsschwierigkeiten«. Er spricht sich dafür aus, die Bundesrepublik im Grundgesetz zum Einwanderungsland zu erklären. Dann könne der Zustrom durch Quoten geregelt werden. 1988 stieg die Bevölkerungszahl um ein knappes Prozent, weil der »Wanderungsgewinn« größer als das Geburtendefizit war, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden errechnet hat. Im vergangenen Jahr zogen etwa 900 000 Menschen zu, gut 400 000 zogen weg.

Das Bonner Innenministerium ist aber gegen eine offizielle Bezeichnung als Einwanderungsland. Die Bundesrepublik un-

terscheide sich stark von den klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien, weil sie keine riesigen unbesiedelten Gebiete und keinen Bedarf an speziellen Fachkräften habe.

Wenn eine starke Zuwanderung ein Zeichen für den Erfolg eines Gemeinwesens ist, dann war die Bundesrepublik bisher ungeheuer erfolgreich. Die »Abstimmung mit den Füßen« hat sie gewonnen. In der DDR lebten zum Beispiel 1949 rund 18,8 Millionen Menschen, 1987 aber nur noch 16,7 Millionen. Für die Bundesrepublik dagegen registrierte die Wiesbadener Behörde von 1950 bis 1988 rund 24,8 Millionen Zuzüge und 16,1 Millionen Fortzüge. Über die Grenzen kamen also 8,7 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik, als weggingen. Der »Wanderungsgewinn« nahm dabei allerdings ab: In den 50er Jahren betrug er rund drei Millionen, in den 60ern 2,7 Millionen, in den 70ern 1,8 Millionen und den 80ern einschließlich 1988 bisher 1,1 Millionen.

Gleichzeitig ließ auch die Auswanderung der Deutschen nach. Die jährliche Zahl ihrer Fortzüge sank von gut 100 000 in den 50er Jahren auf etwa 60 000 seit 1970. Nur ein Teil dieser Deutschen wandert auch tatsächlich aus. Viele gehen nach Angaben des Amtes nur für eine Zeit als Techniker, Entwicklungshelfer, Manager oder Studenten fort.

Seit 1945 kamen nach Angaben des Bun-

desinnenministeriums rund vier Millionen Menschen aus der Sowjetischen Zone und der DDR in die Westzonen und die Bundesrepublik, vor allem in den 50er Jahren. Unmittelbar nach dem Krieg waren es rund 730 000, von 1949 bis zum Mauerbau 1961 knapp 2,7 Millionen. Seit 1962 schwankten die jährlichen Zahlen nur noch zwischen etwa 11 000 und rund 40 000. In diesem Jahr ist der Strom der Zuwanderer aus der DDR aber drastisch angeschwollen: Bis zum 5. November kamen gut 174 000 Übersiedler, mehr als 1961 bis zum Mauerbau am 13. August.

Ähnlich ist es mit den Vertriebenen und Aussiedlern aus den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches und Osteuropa. Das Innenministerium schätzt ihre Zahl in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg auf zwölf Millionen. Laut Bundesausgleichsamt in Bad Homburg kamen dann von 1950 bis 1987 rund 1,4 Millionen. Jährlich waren es bis 1975 meist etwa 20 000, manchmal auch mehr; in den Jahren danach rund 40 000. Aber seit kurzem öffnen die Herkunftsländer ihre Tore weit: 1987 kamen knapp 80 000 Aussiedler, 1988 gut 200 000 und von Januar bis Oktober 1989 sogar 297 000, wie das Innenministerium errechnet hat.

Auch der »Wanderungsgewinn« bei den Ausländern wiederholte sich in fast jedem Jahr seit 1954, als sie zum ersten Mal gesondert in der Statistik auftauchten. Eine Ausnahme war nur 1967, als eine Konjunkturrückkehr viele potentielle Gastarbeiter abschreckte. Laut Wolfgang Hirsch, Sachbearbeiter für Wanderungsstatistik in der Wiesbadener Behörde, war die Wanderungsbilanz bei den Ausländern wegen des



IMMER KNAPPER werden wegen des unaufhaltsamen Zustromes von DDR-Übersiedlern die Plätze in den Notaufnahmelagern der Bundesrepublik. In Bonn-Beul wurden deshalb in der Nacht zum Donnerstag 280 DDR-Flüchtlinge in einem eigens für Katastrophenfälle vorgesehenen unterirdischen Hilfskrankenhaus untergebracht.

Anwerbestopps auch von 1974 bis 1977 negativ, ebenso 1982 bis 1984 wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und wegen des Rückkehrhilfsgesetzes, das vor allem Türken nutzten. Seitdem stieg die Zahl der zugewanderten Ausländer aber wieder auf knapp 300 000 im Jahre 1988. Es sind meist nachgeholte Familienangehörige.

Hirsch zufolge lebten Ende 1988 rund 1,5 Millionen Türken in der Bundesrepu-

blik, knapp 600 000 Jugoslawen, gut 500 000 Italiener, fast 300 000 Griechen, knapp 130 000 Spanier und rund 70 000 Portugiesen. Platz bietet das Land aber auch 170 000 Polen, gut 150 000 Österreichern und fast 100 000 Niederländern. Nicht zu vergessen die jeweils rund 80 000 Briten und US-Bürger sowie die 70 000 Franzosen, ohne die stationierten Soldaten und ihre Angehörigen.

Kein Platz für die Kleinsten.

